HAMBURG **20.** Jahrgang
#60 September/Oktober 2025

Senioren-Echo

ZEITUNG – NICHT NUR – FÜR SENIOR*INNEN DER IG METALL REGION HAMBURG



EIN SOZIALSTAAT IST MEHR WERT ALS ER KOSTET!

Ob ein unbezahlter Karenztag bei Krankheit, Zuzahlung bei Arztbesuchen oder Einschränkungen von Leistungen, zurzeit werden wöchentlich neue Ideen durch die Medienlandschaft getrieben. Bundeskanzler Merz verkündete am letzten Augustwochenende: »Dieser Sozialstaat ist in seiner jetzigen Form nicht mehr finanzierbar«. Die Bundesregierung will alle Sozialleistungen auf den Prüfstand stellen und noch in diesem Jahr erste Ergebnisse vorlegen. Die enormen Kosten der Aufrüstung und Infrastrukturaufwendungen machen die finanziellen Spielräume enger. In der Haushaltsplanung des Bundes klafft eine Lücke von 30 Milliarden Euro. Was liegt da näher als sich das Geld bei Sozialleistungsbezieher:innen zu holen?

Kürzen bei den Schwächsten

Als erstes waren Bürgergeldempfänger:innen dran. Als Buhmann müssen die sogenannten »Totalverweigerer« herhalten. Sie bestimmten die mediale Debatte, obwohl sie, je nach Berechnung, einen Anteil von gerade einmal ca. 0,2 bis 0,3 Prozent ausmachen (siehe Kasten Seite 2). Auch Rentner:in-

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

3 ES KANN JEDE:N TREFFEN
Eben noch im Arbeitsleben und plötzlich ausgeknockt.

4 BUNDESTAG – ZUM ZIRKUSZELT DURCH REGENBOGENFAHNE?
Bundeskanzler Merz rechtfertigte das Entfernen der Regenbogenflagge am Christopher Street Day (CSD) damit: Der Bundestag ist kein Zirkuszelt. Nun will Bundestagspräsidentin Julia Klöckner sämtliche Zeichen einer persönlichen Gesinnung im Bundestag verbieten.

6 DIE WELTORDNUNG, WIE WIR SIE KENNEN, IST AM KOLLABIEREN.
Dieses Zitat von Henry Kissinger ist heute aktueller als 2014. Der Planet wird nur überleben, wenn die Menschheit zur Besinnung kommt. Ein Umdenken in Wissenschaft und Politik ist dringend erforderlich.

8 LESERBRIEFE
zum Artikel: «Gender Pay Gap – Geschlechterentgeltlücke« und »Sozialpolitik auf dem Prüfstand«

FORDERUNGEN DER IG METALL: HÖCHSTE ZEIT FÜR MEHR SOZIALE SICHERHEIT

Unser Ziel: Ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Das bedeutet unter anderem:

- Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent
- Einführung einer Erwerbstätigenversicherung bei der Rente und einer Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege: alle Berufsgruppen (auch Beamte, freie Berufe und Politiker:innen) rein in die solidarische Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung
- Nein zur Rente mit 67 und jeder weiteren Anhebung der Regelaltersgrenze
- das Ende der Zwei-Klassen-Medizin
- Einführung einer Pflegevollversicherung zur umfassenden Absicherung von Pflegeleistungen

nen und Kranke sind ins Visier der Regierenden und Leitmedien geraten. Von unnötigen Leistungen und mehr Selbstverantwortung ist die Rede. Der Sozialstaat sei »aufgebläht«. Ist der Sozialstaat also zu teuer? Ein Blick auf die Fakten zeigt: Die Sozialausgaben in Deutschland sind nicht besonders hoch, weder im internationalen noch im historischen Vergleich. Die Summe aller Sozialausgaben im Verhältnis zum deutschen Bruttoinlandsprodukt war in den letzten 15 Jahren relativ konstant. Von explodierenden Ausgaben kann also keine Rede sein.

Am Geld liegt es nicht

Die eigentliche Frage ist: Wer zahlt wie viel? Beteiligen sich auch Spitzenverdiener:innen und Superreiche angemessen an der Finanzierung des Sozialstaates? Tatsächlich ist Deutschland eines der Länder mit der größten Ungleichheit unter den westlichen Demokratien. Die Vermögenssteuer ist seit 1997 ausgesetzt. Große Erbschaften werden kaum besteuert (siehe Kasten). Kapitalerträge werden pauschal nur mit 25 Prozent besteuert. Bei Arbeitseinkommen erreicht man bereits mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 68.481 Euro den Spitzensteuersatz von 42 Prozent. Die ehemalige Oberstaatsanwältin und jetzige Geschäftsführerin von Finanzwende e.V., Anne Brohilker, bezifferte die jährliche Steuerhinterziehung in einem NDR-Interview vom 30. August auf über 100 Milliarden Euro. Am Geld liegt es nicht, es fehlt am politischen Willen ein sicheres und solidarisches Sozialstaatsfundament zu schaffen und zu erhalten. Unsere IG Metall-Vorsitzende, Christiane Benner, bezeichnete funktionierende Sicherungssysteme in einem Sozialstaat als »Kitt der Gesellschaft«. ■

Günter Hameister

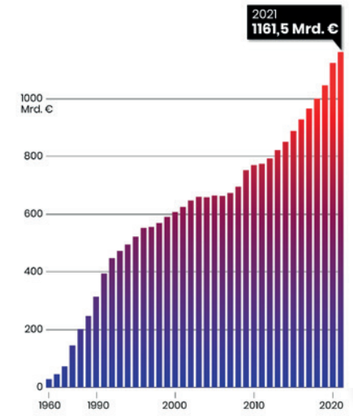
Erbschaftssteuer

Multimillionär:innen und Milliardär:innen können sich vor der Erbschaftssteuer drücken. Wer viel erbt, zahlt eigentlich bis zu 50 Prozent Steuern. 2024 erbten 45 Personen im Schnitt je 260 Millionen Euro und zahlten nur 1,5 Prozent Steuern. Wegen »Bedürftigkeit« wurden ihnen 3,4 Milliarden Euro Steuern erlassen. | Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit (dazu gehören u.a. auch Gewerkschaften und Sozialverbände)

Bürgergeld

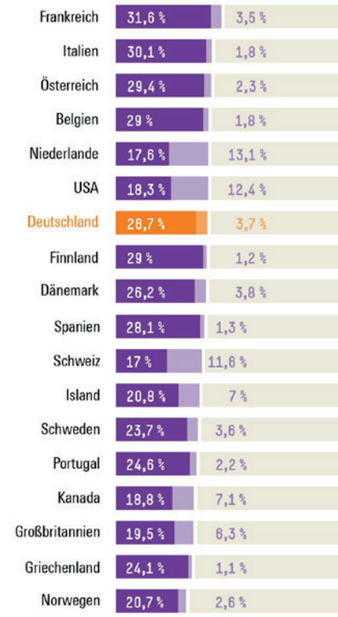
In Deutschland gibt es rund 5,48 Millionen Bürgergeldbezieher:innen. Davon sind 3,96 Millionen erwerbsfähig, 1,45 Millionen nicht erwerbsfähig und ca. 70.000 sonstige Leistungsempfänger:innen nach SGB II. Mehr als 830.000 sind »Aufstocker«, bei denen das Arbeitseinkommen nicht zum Leben reicht. 34,3 Prozent aller Alleinerziehenden sind auf Bürgergeld angewiesen. Die Anzahl sogenannter »Totalverweigerer« ist verschwindend gering. Die Bundesagentur für Arbeit bezifferte diese bei »Weigerung der Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahmen oder eines geförderten Arbeitsverhältnises« in den ersten 11 Monaten 2023 auf 13.838 Menschen. | Quelle: Bertelsmann Stiftung / Sozialpolitik-aktuell.de

Internationaler Vergleich
So hoch ist der Anteil der **öffentlichen** und **privaten** Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich | Quelle: IMK 2024

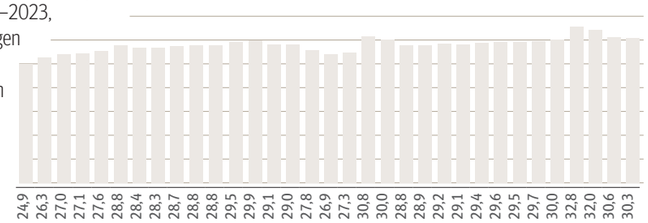


Das Märchen vom »aufgeblähten Sozialstaat«

Die Sozialausgaben explodieren? Der Sozialstaat ufert aus? Hört man ständig. Stimmt aber nicht. Ein internationaler Vergleich zeigt: Die Ausgaben entwickeln sich unauffällig – und sind in vielen Ländern deutlich höher.



Keine explodierenden Sozialausgaben
Sozialleistungsquote 1991–2023, Summe aller Sozialleistungen in Prozent des BIP. | Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (zuletzt 2024), Sozialbudget



ES KANN JEDE:N TREFFEN

Eben noch im Arbeitsleben und plötzlich ausgeknockt.

In netter Runde sitzen wir zusammen und verabschieden unseren Kollegen Klaus. Nach einem langen Arbeitsleben geht er nun in Rente. Mir geht durch den Kopf, dass es bei mir auch bald so weit ist. Freude erfüllt mich, ein neuer Lebensabschnitt erwartet mich. Gemeinsam mit meinem Mann habe ich vorgesorgt, Geld zurückgelegt für neue Abenteuer.

Doch es kommt anders. Keine 14 Tage später liege ich mit einer Hirnblutung auf der Intensivstation. Es vergehen Monate, Jahre der Regeneration. Langsam kämpfe ich mich in den Alltag zurück, doch erhebliche Einschränkungen bleiben.

Lohnfortzahlung und Krankengeld sind längst ausgelaufen. Da mein Arbeitsverhältnis nicht mehr besteht, beziehe ich zunächst Arbeitslosenunterstützung, bis auch diese ausläuft. Wie soll es weitergehen? Bürgergeld wird mir nicht gewährt. Erst muss der Großteil meiner Rücklagen für das Alter aufgebraucht werden, bevor ich anspruchsberechtigt wäre. Eine Umschulung wäre möglich, jedoch ist diese nur für eine Vollzeitstelle möglich und für mich nicht machbar. Bleibt nur die Erwerbsminderungsrente, inklusive dauerhafter Leistungskürzung. Die Zukunft wird von Unsicherheit überschattet. Auch wenn sich jetzt alles verändert hat, der Traum vom sorgenfreien Alter und neuen Abenteuern bleibt trotzdem ein Wunsch.

Ich habe viel Hilfe und Solidarität erfahren. Ich weiß, viele Menschen haben ähnliche oder noch schlimmere Schicksale erlebt und sind auf eine solidarische Gesellschaft angewiesen. Deshalb verfolge ich mit Entsetzen die aktuelle politische Debatte um eine Sozialstaatsreform. Die von der Union geäußerten Pläne zu Änderungen beim Bürgergeld sind nicht zielführend. Änderungen im Sozialsystem sind dringend notwendig, aber kein Abbau von Sozialleistungen. Wir brauchen unser Sozialsystem, denn jede:r kann jederzeit darauf angewiesen sein ■.

(Name der Redaktion bekannt)

BUNDESTAG – ZUM ZIRKUSZELT DURCH REGENBOGENFAHNE?

Bundeskanzler Merz rechtfertigte das Entfernen der Regenbogenflagge am Christopher Street Day (CSD) damit: Der Bundestag ist kein Zirkuszelt. Nun will Bundestagspräsidentin Julia Klöckner sämtliche Zeichen einer persönlichen Gesinnung im Bundestag verbieten, z.B. das Tragen von politischen Ansteckern (wie z.B. ein IG Metall-Pin).

Was bedeutet »Neutralität« für die CDU/CSU? Warum lehnen Konservative Symbole für eine demokratische, menschliche und diskriminierungsfreie Politik ab? Was bedeutet »Neutralität« in Bezug auf queere Minderheiten?

Es gibt kein deutsches Wort für das soziale Geschlecht. Gender kommt aus dem Englischen. Das deutsche Wort Geschlecht bezieht sich nur auf die Biologie. Gender dagegen verweist auf die soziale Komponente. Die Geschlechtsrollen sind also auch sozial geprägt und nicht nur natürlich oder »gottgewollt«. Queeres Selbstbewusstsein und das Selbstbestimmungsrecht für trans*Personen haben eine neue Dimension eröffnet: Die Rechtfertigung des Patriarchats und der traditionellen Geschlechterrollen gerät in Gefahr!

Mit dem Unterschied m/w wurde die vermeintliche Überlegenheit von Männern über Frauen begründet. Dass patriarchal geprägte Wirtschaftssystem nutzt dies aus. Noch immer fühlen sich viele Männer der Partnerin überlegen und finden deren Gratis-Arbeit zuhause gerecht (teile und herrsche). Die meiste Sorge-Arbeit, also die Arbeit in Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitsberufen, sowie die unbezahlte Arbeit zu Hause, wird meistens von Frauen erledigt. Frauen werden traditionell auch in der Erwerbsarbeit schlechter bezahlt (Pay Gap). Dadurch bleiben die (Reproduktions-)kosten zum Erhalt des sozialen Systems relativ gering.

Die Verhältnisse ändern sich. Traditionelle Männer bekommen immer mehr Gegenwind: es gibt hier und da schon Chefinnen. Schwule und lesbische Paare sind in der Öffentlichkeit sichtbar. Es gibt Forderungen nach mehr Investitionen in Erziehung, Betreuung, Pflege, Gesundheit und gleiches Geld für gleichwertige Arbeit sowie Aufwertung traditioneller Frauenberufe. Aber ihre Erfüllung kostet Geld und kratzt an den Gewinnen der Wirtschaft und am Patriarchat. Aus Angst vor diesen Veränderungen bildete sich eine Allianz von Traditionsparteien, rechten Christen, traditionellen Männerbünden und Printmedien: Sie versuchen die öffentliche Meinung gegen Emanzipationsbestrebungen von Frauen und Befreiungsversuchen von Minderheiten (Selbstbestimmungsrecht) aufzuhetzen. Nur so konnte z.B. ein winziges Gender-Sternchen in kurzer Zeit einen riesigen Aufruhr verursachen. Es wurde zum Symbol des Angriffs auf die »Normalität« des Patriarchats.

Männer, die glauben, Macht über Frauen zu besitzen, haben Angst vor dem Verlust dieses Machtgefühls. Die AfD appelliert erfolgreich an diese Ängste, wie der große männliche Anteil an AfD-Mitgliedern und ihrer Anhängerschaft beweist. Diese Partei ist Sprachrohr des Patriarchats. Sie verteidigt die Gewinne der Wirtschaft durch niedrige Reproduktionskosten und die Spaltung in männliche und weibliche Arbeitswelten. Als Symbol dafür dient der AfD das Bild der »heilen Familie«. Deshalb wettert sie gegen »Gender-Gaga«, das Sternchen in der Sprache und den Regenbogen. Das soll konservative Politiker:innen unter Druck setzen.

Wer aber Menschen in traditionellen Rollenmodellen festhalten will, bedroht ihre sozialen Rechte, Freiheit und Selbstbestimmung. D.h., wer Frauen und gesellschaftliche Minderheiten diskriminiert, bedroht uns alle, denn wir können nur frei sein, wenn alle frei sind!

Wenn die CDU und der Kanzler sich dieser rechten Bedrohung beugen, dann laufen wir Gefahr, die Demokratie zu verlieren.

Rentner:innen, alleinstehende Frauen und lesbische/schwule Paare haben schon jetzt existentielle Probleme. Der angestrebte Sparkurs der Sozialstaatsoffensive wird die Gesellschaft weiter spalten und unseren Frieden bedrohen.

Katrin Lohse



Am 23. Juli 2022 wurde erstmals die Regenbogenflagge am Westportal und auf dem Südwestturm des Reichstagsgebäudes gehisst. Fotograf: Leon Kügeler / photothek



DIE WELTORDNUNG, *WIE WIR SIE KENNEN,* IST AM KOLLABIEREN.

4. September 1975, US-Außenminister Henry Kissinger zeigt während eines Treffens mit Präsident Gerald R. Ford und Mitgliedern des Kongresses auf eine Karte der Sinai-Halbinsel. Foto: Gerald R. Ford Presidential Library / White House Photographic Office, Public Domain

Dieses Zitat von Henry Kissinger ist heute aktueller als 2014.

8 Milliarden Menschen leben auf unserem Planeten. 700 Millionen Menschen hungern. Eine Millionen Menschen sterben jährlich an Hunger, obwohl die Nahrungsproduktion ausreichen würde die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren. Es ist nur eine Frage der gerechten Verteilung.



8,75 Prozent der Weltbevölkerung leidet Hunger

»Wenn weniger als 4 Prozent der Militärausgaben von 2024 in den Kampf gegen den Hunger investiert würden, müsste 2030 kein Mensch auf der Welt mehr Hunger leiden,«

Antonio Guterres
am 9. September 2025

Im letzten Jahr gab es 100 militärische Konflikte und 27 Kriege unter staatlicher Beteiligung. Die Rohstoffe der Erde werden brutal ausgebeutet. Trotz des Wissens, dass die Ressourcen endlich sind. Der Klimawandel schreitet unaufhaltsam voran. Nicht kontrollierbare Naturkatastrophen sind die Folge.

Die UNO hat sich zu einem bedeutungslosen Debattierclub ohne jede Entscheidungsgewalt entwickelt. Die Veto-Staaten blockieren jede Resolution. Und wenn eine Resolution dennoch verabschiedet wird, bleibt sie ohne Wirkung. Demokratie und Meinungsfreiheit geraten in Bedrohung. Menschenrechte werden nur angeprangert, wenn sie der eigenen Staatsdoktrin dienen. Zollpolitik und Sanktionen provozieren Wirtschaftskriege.

Das Übel des wirtschaftlichen und politischen Denkens liegt in der Wachstumsideologie

Wohlstand durch Wachstum. Diese Ideologie des letzten Jahrhunderts hat ausgedient. Wohin sollen Industriestaaten unter Bedingungen der Überproduktion wachsen? Ständig neue Modelle überfluten den Markt. Wer soll diese Autos, Waschmaschinen, Elektronikgeräte kaufen und wozu? Dennoch wird auf jedem Treffen der G7-Staaten das Wachstum propagiert. Auch Friedrich Merz lässt nicht locker, ausschließlich im wirtschaftlichen Wachstum die Lösung aller Probleme zu sehen. Zurzeit wächst nur die Rüstungsindustrie, für die jeder Krieg willkommen ist und deren Produkte gesellschaftliche nicht nachhaltig sind.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine profitiert die deutsche Rüstungsindustrie von staatlichen Aufträgen aus Steuergeldern. Sie fahren Rekordgewinne ein. Aus diesem Grund fordert die IG Metall Küste für die massiven Gewinnsteigerungen dieser Konzerne eine Übergewinnsteuer.

»Wer an Aufrüstung verdient, muss einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Das ist für uns Gerechtigkeit«,

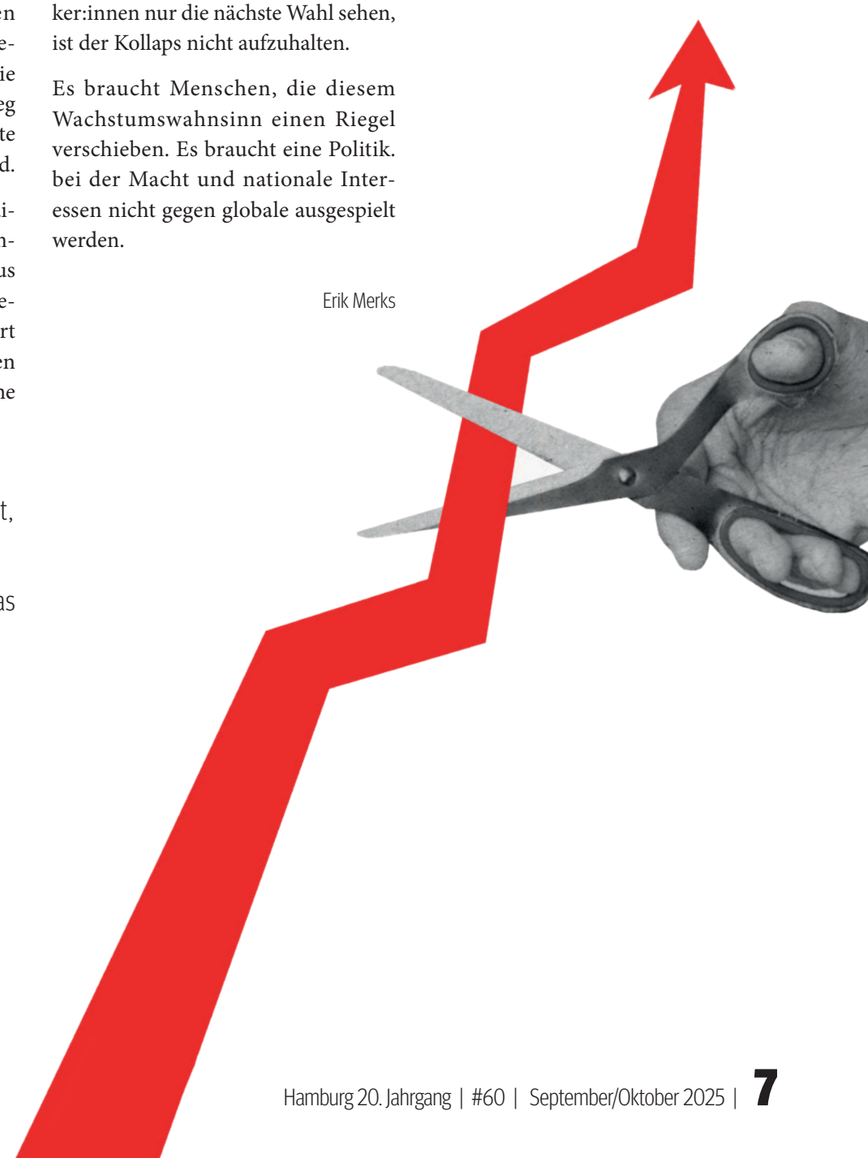
Daniel Friedrich,
Bezirksleiter der IG Metall Küste.

Warum es notwendig ist, die Weltordnung, wie wir sie kennen, zu reformieren

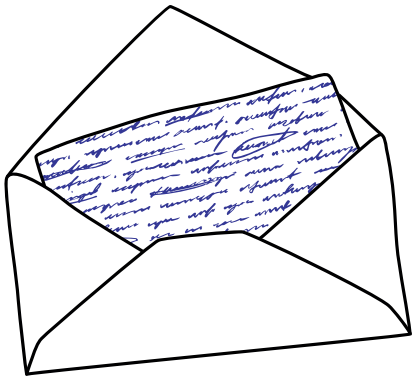
Der Planet wird nur überleben, wenn die Menschheit zur Besinnung kommt. Ein Umdenken in Wissenschaft und Politik ist dringend erforderlich: Nachhaltigkeit und Innovation statt unkontrollierter Produktion. Gerechte Verteilung statt Wachstum. Solange Unternehmensvorstände nur ihre Boni vor Augen haben, Perspektiven und Nachhaltigkeit nicht interessieren, solange verantwortliche Politiker:innen nur die nächste Wahl sehen, ist der Kollaps nicht aufzuhalten.

Es braucht Menschen, die diesem Wachstumswahnsinn einen Riegel verschieben. Es braucht eine Politik. bei der Macht und nationale Interessen nicht gegen globale ausgespielt werden.

Erik Merks



LESERBRIEFE



»...dass »unsere Kolleginnen weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.« Natürlich verdienen die Kolleginnen im Prinzip das Gleiche wie ihre männlichen Kollegen, aber leider erhalten sie es ungerechterweise nicht ausbezahlt.«

Schreibt Ralf Petermann zum Artikel: «Gender Pay Gap – Geschlechterentgeltlücke«
Ausgabe 59 (Juli/Aug. 2025)

»Leider werden in den Artikeln starke, aber nicht unbedingt wahre Behauptungen aufgestellt und Argumente in nicht zulässiger Weise benutzt, verkürzt und vermengt und so zu einer vorgegebenen Meinungsbildung missbraucht.

…auf der ersten Seite schreiben sie »Vermögenssteuer oder Besteuerung großer Erbschaften – Fehlanzeige«. Dies ist eine glatte Lüge, es gibt eine recht einnehmende Erbschaftssteuer in Deutschland, in 2024 mit Rekordeinnahmen.«

(Anmerkung der Redaktion: Siehe auch Artikel zur Sozialstaatsoffensive der IG Metall – Erbschaftssteuer in dieser Ausgabe)

schreibt Frank Matzen zum Artikel: u.a. »Sozialpolitik auf dem Prüfstand«
Ausgabe 59 (Juli/Aug. 2025)

Eure Meinung ist uns wichtig!

Wir freuen uns auf eure:

- Anregungen
- Vorschläge
- Kritik

Sendet diese bitte an:

E-Mail: igm.senioren-echo@gmx.de

Brief: IG Metall Region Hamburg
z.H. Kristin Schultz
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Termine:

Arbeitskreise Senioren:

Bergedorf:	4. November, 2. Dezember
Hamburg:	26. November
Stade:	12. November, 10. Dezember

Weitere Infos zu den Sitzungen (Ort, Uhrzeit, etc.) **erhaltet ihr über die Geschäftsstelle:**

annabel.reich@igmetall.de

Impressum: IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzende: Christiane Benner
V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Ina Morgenroth, IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Redaktion: Günter Hameister, Heinrich Dannenberg, Gunter Drewes, Bernd Hahmeyer, Erik Merks, Heinz-Dieter Wenck
Anschrift der Redaktion: SENIOREN-ECHO c/o IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Telefon 040 284086-234
Kontakte: igm.senioren-echo@gmx.de Gestaltung: drucktechnik-altona.de/Peter Bisping/Jana Knaak. Druck: Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, Kassel